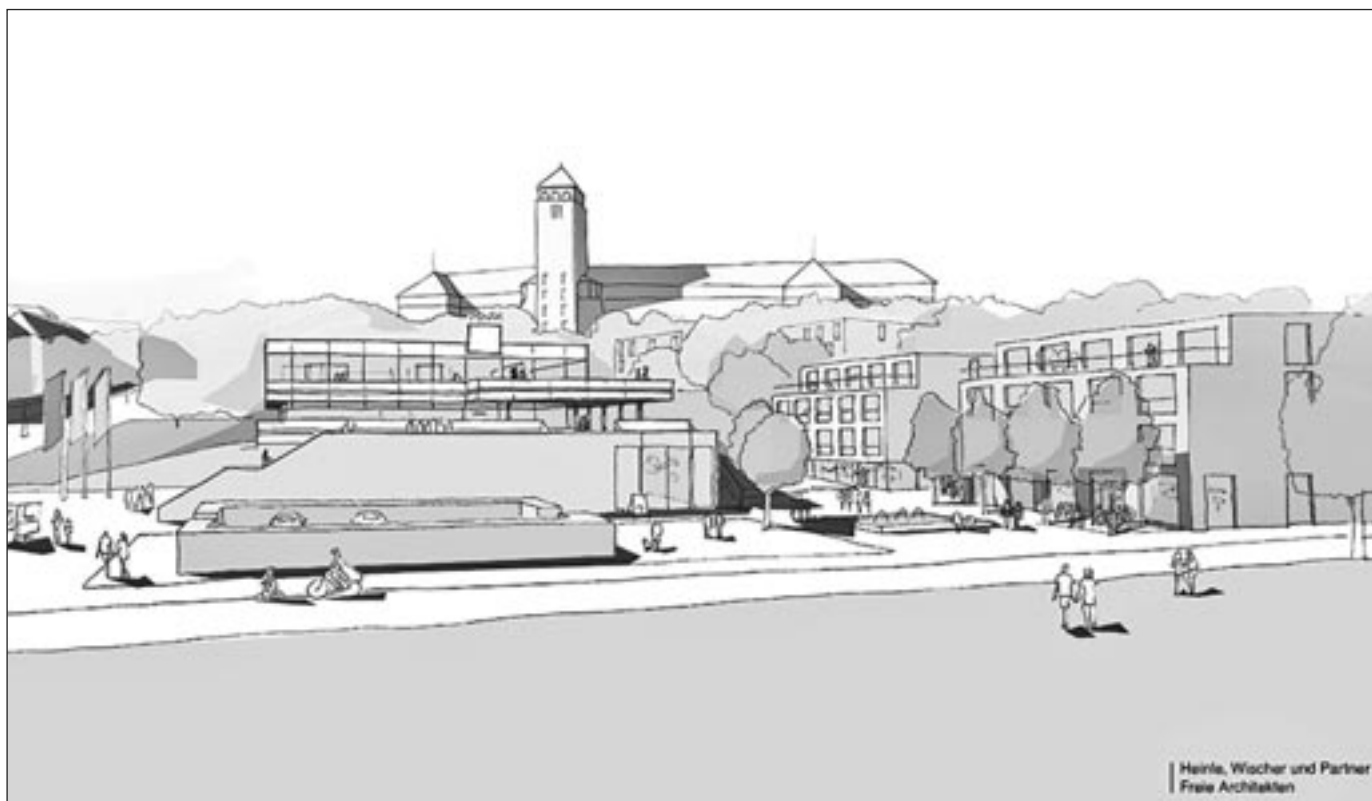


BILANZ 2014 – 2019



Mit LINKS für ein lebenswertes Potsdam: 2014 – 2019

Vor fünf Jahren haben viele Potsdamer*innen mit ihren Stimmen DIE LINKEN zur stärksten Fraktion gemacht. Wir haben uns mit ganzer Kraft bemüht, kritisch, konstruktiv und berechenbar, diesem Vertrauensbeweis gerecht zu werden. In Auseinandersetzungen konnten wir mit viel Hartnäckigkeit und Energie manches erreichen, sind aber auch in einigen Fragen gescheitert. Unserem Selbstverständnis folgend haben wir uns dafür eingesetzt, dass alle Einwohner*innen an der guten Entwicklung der Stadt teilhaben. „Ein Potsdam für alle“ war und ist unser Motto. Jetzt findet sich dieser Anspruch im Leitbild der Stadt wieder, ebenso wie der Anspruch eines sozialen Ausgleichs mit den Möglichkeiten der Stadt. Wir haben seit 2015 endlich ein soziales Wohnkonzept, das wir konsequent umsetzen und weiterentwickeln wollen. Wohnen muss für jeden bezahlbar bleiben, ob im Potsdamer Süden, in der Mitte oder künftig auch in Krampnitz. Gute Schulen und Kitas sind wichtige Voraussetzung für gleiche Entwicklungschancen aller Kinder und Jugendlichen. Zu einer gut funktionierenden Verkehrsinfrastruktur gehört für uns ein Miteinander der verschiedenen Verkehrsformen, insbesondere ein starker, leistungsfähiger ÖPNV. Dass wir nach langen Abrissdiskussionen den Erhalt des Mercure und des Minsk durchsetzen konnten, ist ein toller Erfolg. Das gilt auch für die Biosphäre.

Wir reden nicht nur über Bürgernähe, wir praktizieren sie. Mit unserem monatlichen Rathausreport als Zeitung und als Politfrühstücken nach den Plenarsitzungen, der Live-Berichterstattung aus den Sitzungen sowie an den regelmäßigen Infoständen standen wir Rede und Antwort.

Lesen Sie einen exemplarischen Überblick über unsere Initiativen in dieser Wahlperiode.

Wohnen für jeden Geldbeutel

Ausreichender und bezahlbarer Wohnraum ist das Problem Nummer 1 in Potsdam. 2015 hat DIE LINKE ein Wohnkonzept auf den Weg gebracht, mit dem die Lösung dieser elementaren sozialen Frage systematisch angegangen und Partner gewonnen werden können.

Damit ist es aber nicht getan. Deswegen haben wir in der Stadtverordnetenversammlung unter anderem folgendes erreicht:

- Die Hälfte der noch zu bebauenden Flächen im Bornstedter Feld soll für sozialen Wohnungsbau genutzt werden.
- Die Regelmiete im neuen Stadtteil Krampnitz für ca. 10.000 Bewohner*innen soll bei 8,50/m² festgeschrieben werden.
- In der Potsdamer Mitte werden 75% der Bauflächen im Block III von Genossenschaften mit preisgünstigen Wohnungen bebaut.

Wir streiten weiter für den Erhalt und die Sanierung der preisgünstigen Wohnungen Am Alten Markt 10. Im Falle eines Neubaus wollen wir eine soziale Belegungsbindung von mindestens 75 %

durchsetzen. Das geht nur, wenn Fördermittel vom Land zur Verfügung stehen, sowohl für die Sanierung als auch für einen eventuellen Neubau.

Die von der LINKEN beantragte Wohnungsaustauschzentrale soll nun im 4. Quartal 2019 endlich ihre Arbeit aufnehmen. Sie soll Wohnungssuchenden auch vermietetübergreifend helfen, unterschiedliche Bedürfnisse zusammenzuführen.

Bewahren und Entwickeln

Konsequent haben wir uns dem Trend zur weiteren Historisierung der Innenstadt entgegengestellt. Dabei wissen wir uns mit vielen Potsdamer*innen einig.

Dass es das „Mercure“ als einen markanten Punkt in der Stadtmitte noch gibt und das „Minsk“ nun endlich als Museum für DDR- Malerei eine wirkliche Perspektive hat, ist der Unbeirrbarkeit der LINKEN und vieler Gleichgesinnter in der Bevölkerung zu verdanken.

Trotz großer Anstrengungen und viel Kompromissbereitschaft ist es nicht gelungen, den Abriss des Gebäudes der Fachhochschule und damit die Verbannung studentischen Lebens aus der Stadtmitte zu verhindern.

Auch um Kleingärten als innerstädtisches Grün müssen wir immer wieder kämpfen. Mit der baurechtlichen Sicherung der Flächen der Sparte „Angergrund“ und dem Initiieren von Verhandlungen zwischen der Eigentümerin der Fläche und der Stadt haben wir alle Möglichkeiten ausgeschöpft, um die Anlage zu erhalten.

Potsdam ist von Wasser umgeben. Doch an vielen Stellen, z.B. Am Griebnitzsee oder in Groß Glienicke blockieren Eigentümer alle Bemühungen um durchgehende Uferwege. Schon 2001 hat DIE LINKE das Uferwegekonzept auf den Weg gebracht, um diese zu sichern.

Die Wiedereinrichtung ehemaliger Wege ist uns ebenso wichtig wie der weitere Ausbau von neuen Abschnitten:

Der Uferweg in der Speicherstadt wird gebaut, in der Berliner Vorstadt müssen die Voraussetzungen geschaffen werden, dass der Uferweg von der Villa Tummeley weiter Richtung Glienicker Horn geführt werden kann und für die Lückenschließung zwischen der Gartensparte „Am Hintzenberg“ und der Neustädter Havelbucht werden die planerischen Grundlagen geschaffen.

Auch die Parköffnung der Villen Henkel und Schlieffen am Pfingstberg nach erfolgter Wiederherstellung der Gartenanlagen ist nach zähem Ringen gesichert

Mobilität trotz Verkehr

Zwischen allen Akteuren in Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Tourismus besteht Einigkeit, dass den Potsdamer Verkehrsproblemen nur mit einem intelligenten Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) beizukommen ist. Der Verzicht auf den PKW muss sich lohnen!

Die Fahrpreise sind da ein wichtiges Moment. DIE LINKE hat sich konsequent gegen Fahrpreiserhöhungen gewehrt, so z.B. gegen die Einschränkung des Kurzstreckentickets von sechs auf 4 Stationen. Leider fand sich dafür keine Mehrheit.

Auf Bitte von Bürgerinitiativen haben wir uns um bessere Busanbindungen von Babelsberg Nord, der Ortsteile Fahrland, Satzborn, Marquardt, Kartzow und Groß Glienicke bemüht. Die Kapazitäten an Fahrzeugen, Fahrer*innen und Geld reichen für wirkliche Verbesserungen nicht.

DIE LINKE hat die planerische Sicherung der TRAM-Trasse nach Kramnitz frühzeitig gesichert. Die Straßenbahn soll 2023 fahren. Gebraucht wird aber ein verkehrliches Gesamtkonzept für Kramnitz einschließlich der Erschließung des Quartiers in alle Richtungen.

Bereits im März 2019 hat DIE LINKE die Entwicklung eines Szenarios für die Einführung eines kostenlosen ÖPNV beauftragt. Ein Ergebnis gibt es immer noch nicht! Wir bleiben dran.

Ein qualifiziertes Baustellenmanagement kann die negativen Auswirkungen von Straßenarbeiten auf den ÖPNV, Wirtschaft und Tourismus eindämmen. Die Genehmigungsprozesse sollen dafür mit einem einheitlichen, ämterübergreifenden System und dem Einsatz einer entsprechenden

Software besser abgestimmt werden. Dieses Management ist von besonderer Bedeutung, wenn es um die Sanierung der beiden Hauptbrücken in Potsdam geht.

Auch sichere, gut ausgebaute Radwege sind wichtig, um zum Umstieg vom Auto auf das umweltfreundliche Fahrrad zu motivieren. Deswegen hat DIE LINKE durchgesetzt:

- die für Fußgänger und Radfahrer gefährliche Verkehrsführung in der „Landtagskurve“ zu entschärfen,
- Markierte Radwege auf auch von Autos genutzten Verkehrsflächen durch ordentliche Radwege zu ersetzen,
- den Bau neuer Radwege entlang der Uferwege an der Havel von Potsdam West zum Hauptbahnhof zu prüfen.

Kultur ist Lebensqualität

Potsdams Kunst- und Kulturschaffende wissen DIE LINKE als verlässlichen Partner an ihrer Seite – bei der Schaffung von Orten und Räumen ebenso wie bei der Frage verlässlicher Förderungen.

Das Rechenzentrum als Wirkungsstätte für viele Kunst- und Kulturschaffende und wichtige Begegnungsstätte zu erhalten, war eines unserer politischen Hauptanliegen in dieser Wahlperiode. Eine Sicherung bis 2023 haben wir erreicht. Nun kämpfen wir um eine nochmalige Prüfung, ob das Haus, zumindest in Teilen stehen bleiben und weiter genutzt werden kann. Einen lückenlosen Übergang vom Rechenzentrum in den Neubau haben die Stadtverordneten zum Ziel erklärt. Für eine De-



ckelung der Mieten bei 7,50 € werden wir weiter kämpfen. Und auch das Mosaik „Weltall, Erde Mensch“ gilt es zu erhalten und in die Gestaltung des Neubaus aufzunehmen. Die weiteren Planungen müssen mit den Kreativen erfolgen.

Für das soziokulturelle Zentrum freiLand gelang es, zunächst den Pachtvertrag mit den Stadtwerken über den 30. September 2018 hinaus zu verlängern. Nun braucht es eine stabile Lösung für die Arbeit im hervorragend angenommenen Jugendkulturzentrum. Schon vor dem Start

2010 hat sich DIE LINKE für das Projekt stark gemacht.

Die Schiffbauergasse ist ein kultureller und touristischer Magnet. Jedoch mangelt es dem Areal an Lebendigkeit. DIE LINKE hat dafür Sorge getragen, dass mit der Aufstellung eines B-Plans nach Auslaufen der Sanierungssatzung die Entwicklung mit dem Schwerpunkt Kultur- und Kreativstandort nahtlos weitergehen kann und anderen Nutzungen ein Riegel vorgeschoben wird.

Damit freie Kulturträger langfristig planen und arbeiten können, sollen ihr Zuwendungen künftig für drei und nicht wie bisher für ein bzw. zwei Jahre vertraglich festgeschrieben werden. Diese Drei-Jahresverträge haben wir durchgesetzt.

Atelierförderprogramme können den Kreativen den Start in ein existenzsicheres Schaffen ermöglichen bzw. erleichtern. Kunst und Kultur als Wirtschaftsfaktor begriffen, muss finanziell unterstützt werden.

DIE LINKE hat sich für DDR-Kunst im öffentlichen Raum engagiert. Diesem Einsatz ist es zu verdanken, dass die „Transparente Weltkugel“ nun am Markcenter zu sehen ist und die Plastiken aus dem Staudenhof auf der Freundschaftsinsel ein Zuhause finden werden.

Das Stadtarchiv, die Museen sowie die Stadt- und Landesbibliothek benötigen dringend neue und geeignete Depotflächen. Nach langem Drängen der LINKEN wird nun endlich an einem gemeinsamen Konzept dafür gearbeitet.

Mit dem von der LINKEN durchgesetzten kostenlosen Eintritt in die Dauerausstellung und der Überarbeitung ihres Konzeptes für die Zeitabschnitte 1933-45 und 1945-1990 konnten wir einen erheblichen Besucherzuwachs im Potsdam-Museum verzeichnen.

Zur politischen Kultur einer Stadt gehört auch der Umgang mit Gedenktagen. Eine lebendigere Gestaltung des Tages der Befreiung Deutschlands vom Faschismus am 8. Mai war und ist uns wichtig, vor allem um junge Leute für die Auseinandersetzung mit diesem Kapitel deutscher Geschichte zu interessieren. Aufnahme

findet diese Idee im Konzept der Erinnerungskultur.

Ebenfalls auf Initiative der LINKEN werden alle Kulturträger der Stadt am 01. Juni 2019 gemeinsam ein besonderes und vielfältiges kulturelles Programm anbieten, das kostenfrei genutzt werden kann. Es soll am Kindertag Spaß und Freude mit kindgerechter kultureller Bildung verbinden.

Gleiche Chancen für alle Kinder

Kitaplätze, Kitagebühren, Schulplatzmangel, Schulneubau – die Politik für Kinder und Jugendliche lief in den letzten Jahren häufig im Krisenmodus. Mit Nachdruck hat DIE LINKE für die Interessen der Kinder, Jugendlichen und ihrer Familien gestritten und vieles erreicht.

In enger Zusammenarbeit mit dem Kita-Elternbeirat haben wir beinahe zwei Jahre lang um mehr Personal für lange Betreuungszeiten gestritten. Immer wurde auf die Verantwortung des Landes verwiesen. Mit dem HH 2018/19 haben wir durchgesetzt, dass die Stadt die nötigen Mittel von 4,5 Mio. Euro jährlich für die Kitas bereitstellt, um Betreuungszeiten über 8h abzusichern. Nach der Aufdeckung der falschen Elternbeitragssatzung – auch durch die engagierten Eltern – hat DIE LINKE von Anfang an konsequent an der Seite der Eltern gestanden und für eine Rückzahlung der zu Unrecht erhobenen Beiträge gekämpft. Auch hier konnten wir uns am Ende weitgehend durchsetzen – im Interesse der Potsdamer Familien.

Dass es eine integrierte, gemeinsame Planung des Schul- und Kitabedarfs geben soll hat DIE LINKE jahrelang gefordert. Nun hat sich die Verwaltung auf den Weg gemacht.

Schulsozialarbeiter*innen an jeder Potsdamer Schule – mehr als zehn Jahre hat DIE LINKE das immer wieder beantragt. Immer wieder war es von einer Mehrheit der Stadtverordneten abgelehnt worden. Mit dem beschlossenen Gesamtkonzept Schule-Jugendhilfe wird es nun bis 2024 Wirklichkeit. In diesem Jahr werden alle öffentlichen Schulen Potsdams über ein*e Sozialarbeiter*in verfügen können.

Ebenfalls viele Jahre haben wir für ein kostenloses Mittagessen für sozial benachteiligte Schüler*innen gekämpft. In vielen kleinen Schritten sind wir diesem Ziel nähergekommen. Mit dem Haushalt 2018/19 gelang es der LINKEN endlich den Grundsatz umzusetzen, dass jedes bedürftige Kind Anspruch auf ein kostenfreies Mittagessen hat. Dass über 90% der Anspruchsberechtigten diese Möglichkeit auch nutzen, spricht für sich.

Mit der „Spirellibande“ hat die AWO über

viele Jahre ein niedrigschwelliges Angebot auch für die Frühstücksversorgung initiiert. Allein aus Spendenmitteln und mit ehrenamtlichem Engagement konnte der große Bedarf nicht abgedeckt werden. Dem hartnäckigen Ringen der LINKEN ist es zu verdanken, dass die Stadt nun bereits an 12 Grundschulen eine solche kostenlose Frühstücksversorgung anbietet und auch eine sozialpädagogische Begleitung gewährleistet. Das Angebot soll auf alle Grundschulen ausgedehnt werden.

Wohin mit neuen Schulen und Kitas – diese Frage beschäftigt uns beinahe wöchentlich. Die dringend benötigte Grundschule in Babelsberg wird dank des Engagements der LINKEN voraussichtlich in der Medienstadt entstehen können. Damit kann der als Alternativstandort in Erwägung gezogene Sportplatz Sandscholle erhalten bleiben. Schwierig ist auch die Diskussion um den geplanten Gesamtschulstandort am Bahnhof Rehbrücke. DIE LINKE hat hier klargemacht, dass sie eine Inanspruchnahme des Landschaftsschutzgebietes ausschließen möchte. Bisher fand sich dafür keine Mehrheit bei den Stadtverordneten.

Und auch für den Vereins- und Freizeitsport konnten wir einiges auf den Weg bringen. So entsteht auf dem Sportcampus am Stern nun endlich ein neues Vereinsheim für „Fortuna Babelsberg“. Und für Potsdams lebendige Skaterszene konnte DIE LINKE die Sanierung und Erweiterung der Anlage an der Friedrich-Liszt-Straße und einen neuen Platz unter der Brücke der Nuthestraße zwischen Zentrum-Ost und Babelsberg initiieren.

Sozial – in allen Lebenslagen

Sozialer Ausgleich ist ein Kernanliegen der LINKEN. Deswegen engagieren wir uns besonders in den Fragen, in denen es um konkrete Hilfe für sozial Benachteiligte geht. Einiges konnten wir in den vergangenen fünf Jahren erreichen.

Nach beinahe zwei Jahren konnte das soziale Zentrum der Volkssolidarität, die Suppenküche im September 2015 wieder auf ihren angestammten Platz auf dem Verwaltungscampus zurückkehren. Unsere Hartnäckigkeit hat sich bezahlbar gemacht. Der bis 2013 genutzte Bürocontainer musste wegen erhöhter Formaldehyd-Werte geräumt werden. Es folgte ein Provisorium in der Benkertstraße. Mit unserem bereits 5. Grillfest eröffneten wir die neuen Räumlichkeiten für die Besucher*innen am 30. September 2015.

Eine persönliche Notfalldose stellt Rettungsdiensten und Ersthelfer*innen im Ernstfall wichtige Informationen wie Kon-



taktpersonen, Krankheiten und Medikamentierung schnell zur Verfügung. Dies ist insbesondere für alleinlebende Senior*innen wichtig. Auf Bitte des Seniorenbeirates konnte DIE LINKE. mit einem Antrag erreichen, dass die Landeshauptstadt Potsdam den Seniorenbeirat beim Erwerb, bei der Verteilung sowie der erforderlichen Öffentlichkeitsarbeit für das System unterstützt. Die Rettungskräfte der Landeshauptstadt Potsdam sind über die Einführung des Notfalldosensystems informiert. Die Stadt hat Mittel für den Erwerb von ca. 1.000 der Dosen für Bedürftige, wie Grundrentenbezieher*innen, Sozialleistungsempfänger*innen etc. bereitgestellt. Seit April 2019 können Bürgerinnen und Bürger im Büro des Seniorenbeirates die Notfalldose kostenfrei erhalten.

Mit einem „Inklusionspreis“ sollen – in Anlehnung etwa an den Ehrenamtspreis und den Integrationspreis sollen künftig Projekte und Einrichtungen geehrt werden, die sich um die Inklusion verdient gemacht haben. So hatte es der neue Beirat für Menschen mit Behinderungen vorgeschlagen und die Stadtverordneten auf Antrag der LINKEN beschlossen. Die Umsetzung allerdings stockt, weil dem Büro für Chancengleichheit und Vielfalt die nötigen personellen Ressourcen fehlen. Die erste Verleihung soll im Rahmen der Inklusionswoche 2020 erfolgen.

Gesunde Arbeitsbedingungen im städtischen Klinikum

Die Situation im städtischen Klinikum ist immer wieder in der öffentlichen Debatte. Personalmangel, v.a. im Pflegebereich und die Überlastung der Mitarbeiter*innen führen immer wieder zu Unzufriedenheit – bei den Kolleg*innen, aber auch bei den Patient*innen. Die Mitarbeiter*innen des Klinikums Ernst von Bergmann zogen im

Februar 2019 für bessere Arbeitsbedingungen vor allem für die Beschäftigten im Pflegebereich vor das Potsdamer Rathaus. Ihren Protest nahmen wir zum Anlass, für den Konzern eine externe Evaluierung zu beantragen. Leider wurde unser Antrag von der SPD so nicht unterstützt. Stattdessen wurde lediglich der Oberbürgermeister mit Gesprächen beauftragt, die mit der Gewerkschaft und dem Betriebsrat zu führen seien. Zielvorgaben sind die Verbesserung der Arbeitsbedingungen an allen Standorten, insbesondere im Pflegebereich, ein Tarifabschluss, der gleiche Bedingungen für alle Beschäftigtengruppen einschließlich der Tochtergesellschaften sichert sowie der Abschluss einer Konzernbetriebsvereinbarung zwischen Betriebsrat und Geschäftsführung über geeignete Maßnahmen und Mittel zur Erhöhung der Mitarbeiterzufriedenheit. Die Stadtverordnetenversammlung ist im November 2019 über die Ergebnisse zu informieren.

Bürgerbeteiligung – das Pfund“ der Stadt

In der Bürgerkommune Potsdam sollte das wichtige Instrument „Bürgerbeteiligung“ zum selbstverständlichen Handwerkszeug von Politik und Verwaltung gehören. Wie schwierig sich das in konkreten Konfliktsituationen gestaltet, mussten Bürger*innen immer wieder erfahren.

So wurden die wiederholt geforderten Bürgerbefragungen zum geplanten Abriss des „Mercure“ und der Fachhochschule immer wieder von einer Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung abgelehnt. Wir wissen, dass diese Tatsache großes Unverständnis und politischen Verdruss in der Stadt erzeugt hat. Einfacher als Bürgerbefragungen sind Veranstaltungen zu organisieren, in denen

Bürger*innen über wichtige stadtgestalterische Planungen in ihrem Kiez informiert werden. Immer wieder hat DIE LINKE. der Verwaltung solche Bürger*inneninformationsveranstaltungen abgelehnt: so die Information zur Schließung des Anschlusses von der Nutheschneelstraße in das Zentrum Ost, zur Sanierung der Neuendorfer Straße oder zum Schulstandort „Waldstadt Süd“. Die geforderte Anwohnerversammlung „Alter Markt“ im Zusammenhang mit der Umgestaltung der Potsdamer Mitte wurde gar abgelehnt.

Eingefordert haben wir auch die regelmäßige Durchführung von Einwohnerversammlungen in den Stadtteilen. Die Verwaltung hat reagiert. Die nun eingeführten Stadtteilrundgänge und –dialoge des OB sind ein Schritt in diese Richtung.

Die auf Antrag der LINKEN nun gegebene Möglichkeit, den Seniorenbeirat und den Beirat für Menschen mit Behinderungen direkt wählen zu können, stärkt die Mitwirkungsrechte der Bürger*innen bei der Auswahl ihrer Interessenvertretungen. Die so schon stattfindende Wahl des Migrant*innenbeirates beweist das.

Transparenz ist das Herzstück des Zusammenlebens von Verwaltung und Bürgerschaft. Neben den verschiedenen Möglichkeiten von Bürgerbeteiligung ist auch die Einführung von Open Government Data in der Verwaltung ein Weg, um Verwaltungsprozesse öffentlich nachvollziehbarer werden zu lassen. Bei diesem Prozess werden Verwaltungsvorgänge, -entscheidungen und die ihnen zugrunde liegenden Daten öffentlich – in der Regel online – zugänglich gemacht. So gelingt eine frühzeitigere Einbeziehung der Bürger*innen, und man kann das Vertrauen zwischen denen „da oben“ und denen „da unten“ stärken.